

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
(10. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Tack, Dr. Wilhelm Priesmeier, Lothar Binding (Heidelberg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/3413 –

Spekulation mit agrarischen Rohstoffen verhindern

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Niema Movassat, Sahra Wagenknecht, Dr. Axel Troost, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/4533 –

Hunger bekämpfen – Spekulation mit Nahrungsmitteln beenden

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Thilo Hoppe, Dr. Gerhard Schick, Ulrike Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/5934 –

Mit Essen spielt man nicht – Spekulation mit Agrarrohstoffen eindämmen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Auf den Weltagarmärkten ist nach Darstellung der Antragsteller ein Preisanstieg für Agrarrohstoffe zu verzeichnen. Die Ursache für diese Entwicklung liegt nach Ansicht der Fraktion der SPD zunehmend auch in Spekulationsgeschäften an den Warenterminbörsen. Dies hat nach Auffassung der Antragsteller zur Folge, dass die Menschen in den ärmsten Ländern der Welt ihre Versorgung mit Grundnahrungsmitteln aufgrund der hohen Preise immer weniger sicherstellen können.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/3413 der Fraktion der SPD soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich auf internationaler Ebene insbesondere im Rahmen der G20 dafür einzusetzen, dass die Warenterminbörsen ihre ursprüngliche Aufgabe des Risikomanagements für die Landwirtschaft wieder erfüllen können und Nahrungsmittelspekulationen zu Lasten der Menschen in den ärmsten Ländern der Welt verhindert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, soll nach

Ansicht der Fraktion der SPD unter anderem der Handel mit Agrarrohstoffen möglichst über Börsen oder zentrale Clearingstellen abgewickelt werden.

Zu Buchstabe b

Die Preise für Nahrungsmittel sind nach Darstellung der Antragsteller in den letzten Jahren massiv gestiegen und unterliegen zusätzlich drastischen Schwankungen. Besonders hart von den Preissteigerungen betroffen sind nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. die Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt. Die Ursachen für die Preissteigerungen und Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln sind laut Antragsteller komplex. Jedoch haben nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. Spekulationen mit Agrarrohstoffderivaten zu extremen und unberechenbaren Preisausschlägen geführt.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/4533 der Fraktion DIE LINKE. soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, auf nationaler, EU- und internationaler Ebene Maßnahmen zu ergreifen, damit die Spekulationen mit Agrarrohstoffen unterbunden werden und nur das zur Preisabsicherung notwendige Maß an Warentermingeschäften stattfindet. Dazu gehören vor allem die strenge Regulierung der Agrarmärkte durch verschiedene Maßnahmen sowie das Verbot des Over-the-Counter-Handels (OTC-Handel) mit Agrarrohstoffderivaten.

Zu Buchstabe c

Nach Darstellung der Antragsteller erreichen die Preise für Agrarrohstoffe im Allgemeinen sowie Nahrungsmittel im Besonderen neue Rekordwerte auf den internationalen Märkten. Zudem zeichnen sich die globalen Warenterminbörsen für Agrarrohstoffe seit einigen Jahren durch eine extreme Preisvolatilität aus. Aufgrund dieser Entwicklung werden laut der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Menschenrecht auf Nahrung und die Ernährungssicherheit der Menschen in importabhängigen Entwicklungsländern massiv beschnitten.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/5934 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, sich auf EU-Ebene unter anderem dafür einzusetzen, dass im Rahmen europäischer Regelungen dafür gesorgt wird, dass der bilaterale Derivatehandel möglichst vollständig auf geregelte Handelsplätze übertragen wird und die neue EU-Behörde zur Wertpapieraufsicht (ESMA) wie auch die nationalen Behörden ihrem Auftrag, für transparente und stabile Märkte zu sorgen, nachkommen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3413 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4533 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/5934 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/3413;

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/4533;

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/5934.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/3413 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/4533 abzulehnen;
- c) den Antrag auf Drucksache 17/5934 abzulehnen.

Berlin, den 6. Juli 2011

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender

Johannes Röring
Berichterstatter

Rita Schwarzelühr-Sutter
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Dr. Edmund Peter Geisen
Berichterstatter

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Johannes Röring, Rita Schwarzelühr-Sutter, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Edmund Peter Geisen und Friedrich Ostendorff

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/3413** in seiner 68. Sitzung am 28. Oktober 2010 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/4533** in seiner 105. Sitzung am 14. April 2011 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/5934** in seiner 114. Sitzung am 10. Juni 2011 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Auf den Weltagarmärkten ist ein Preisanstieg für Agrarrohstoffe zu verzeichnen. Die Ursachen für diese Entwicklung sind nach Ansicht der Fraktion der SPD neben wetterbedingten Ernteausfällen, steigender Weltbevölkerung, verstärkter Nutzung von Ackerflächen und steigenden Energiekosten zunehmend auch Spekulationsgeschäfte an den Warenterminbörsen. Dies hat nach Auffassung der Antragsteller zur Folge, dass die Menschen in den ärmsten Ländern der Welt ihre Versorgung mit Grundnahrungsmitteln aufgrund der hohen Preise immer weniger sicherstellen können.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/3413 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich auf internationaler Ebene, insbesondere im Rahmen der G20, dafür einzusetzen, dass die Warenterminbörsen ihre ursprüngliche Aufgabe des Risikomanagements für die Landwirtschaft wieder erfüllen können und Nahrungsmittelspekulationen zu Lasten der Ärmsten der Armen verhindert werden. Deshalb fordert die Fraktion der SPD, dass

- der Handel mit Agrarrohstoffen möglichst über Börsen oder zentrale Clearingstellen abgewickelt wird;
- ausschließlich standardisierte Produkte handelbar sind;
- eine Mindesthaltspflicht für Termingeschäfte eingeführt wird, die kurzfristig Spekulationen verhindert;

- Meldepflichten für Kontrakte, die außerhalb von Börsen oder zentralen Clearingstellen geschlossen werden, eingeführt werden;
- die Märkte durch regelmäßige Veröffentlichung der Daten wie in den Vereinigten Staaten wieder transparent werden;
- im Rahmen der geplanten EU-Verordnung zu Over-the-counter-Derivaten und im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinien zu Märkten für Finanzinstrumente (MiFID) und zu Marktmissbrauch (MAD) diese Punkte umzusetzen.

Zu Buchstabe b

Die Preise für Nahrungsmittel sind nach Darstellung der Antragsteller in den letzten Jahren massiv gestiegen und unterliegen zusätzlich drastischen Schwankungen. Besonders hart von den Preissteigerungen betroffen sind nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. die Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern, den Least Developed Countries (LDC). Die Ursachen für die Preissteigerungen und Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln sind laut Antragsteller komplex. Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. haben Spekulationen mit Agrarrohstoffderivaten zu extremen und unberechenbaren Preisausschlägen geführt.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/4533 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, auf nationaler, EU- und internationaler Ebene Maßnahmen zu ergreifen, damit Spekulationen mit Agrarrohstoffen unterbunden werden und nur das zur Preisabsicherung notwendige Maß an Warentermingeschäften stattfindet. Dazu gehört nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. insbesondere,

- die Agrarmärkte streng zu regulieren durch eine Standardisierung der Derivatkontrakte, die Einführung von Positionsobergrenzen für einzelne Händler und die Gesamtmenge an Kontrakten je Rohstoff (aggregierte Positionslimits) sowie von Obergrenzen für den physischen Erwerb und Besitz von Agrarrohstoffen durch nichtstaatliche Unternehmen oder Privatpersonen und die Schaffung von Kontrollinstanzen und Offenlegungspflichten einschließlich Berichtspflichten in Echtzeit;
- den OTC-Handel mit Agrarrohstoffderivaten zu verbieten;
- entsprechend der US-Aufsichtsbehörde für den Handel mit Rohstoffderivaten CTFC (U.S. Commodity Futures Trading Commission) eine europäische, auf Agrarrohstoffe spezialisierte, Warenterminhandelsaufsicht einzurichten und mit Durchgriffsmöglichkeiten gegen Marktmissbrauch und extreme Marktsituationen auszustatten;
- ein Händlerregister einzuführen, in dem sich alle Akteure, die mit Agrarrohstoffderivaten handeln, registrieren lassen müssen. Eine Registrierung ist Akteuren möglich, die an Produktion, Weiterverarbeitung und Verkauf beteiligt sind;
- die zu unterlegenden Sicherheiten für Agrarrohstoffderivate zu erhöhen und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer voranzutreiben;

- mittelfristig staatlich festgelegte Preiskorridore zu schaffen, die Termingeschäfte zur Preisabsicherung unnötig machen;
- die Machtkonzentration in den Agrarmärkten wirksam zu begrenzen.

Zu Buchstabe c

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/5934 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich auf EU-Ebene insbesondere dafür einzusetzen, dass

- im Rahmen europäischer Regelungen (MiFID-Richtlinie, Verordnung zu OTC-Derivaten; OTC – Over-the-Counter) dafür gesorgt wird, dass der bilaterale Derivatehandel (Over-the-Counter-Handel) möglichst vollständig auf geregelte Handelsplätze übertragen wird. Dazu ist eine weitgehende Standardisierung aller Derivate notwendig. Ausnahmen für Endnutzer (nichtfinanzielle Gegenparteien) sollten eng begrenzt bleiben;
- die neue EU-Behörde zur Wertpapieraufsicht (European Securities and Markets Authority – ESMA) und die nationalen Behörden ihrem Auftrag nachkommen, für transparente und stabile Märkte zu sorgen;
- die Handelsplätze für Rohstoffe keine gewinnorientierten, selbst börsengelisteden Unternehmen sind, weil sonst das Eigeninteresse der Handelsplätze an Handelsumsätzen dominieren könnte;
- alle Händler strengen Berichtspflichten unterworfen sind, wobei die Händler nach ihrer Handelstätigkeit kategorisiert werden sollten, wie dies in den USA der Fall ist;
- es Finanzinstituten nach § 1 des Kreditwesengesetzes untersagt wird, direkt in physische Agrarrohstoffe zu investieren, sowie dass mittels geeigneter Maßnahmen diesen Instituten eine mittelbare oder unmittelbare Beteiligung an Rohstoffhandelsunternehmen und -börsen verwehrt wird.

Ferner soll die Bundesregierung mit dem Antrag auf Drucksache 17/5934 unter anderem aufgefordert werden,

- sich dafür einzusetzen, dass es international zu keiner Regulierungsarbitrage kommt, die es Finanzmarktakteuren ermöglicht, die jeweils weniger strenge Rechtsordnung zu wählen. Das gilt insbesondere im Verhältnis zu den USA;
- auf G20-Ebene die Initiative der französischen Regierung zu unterstützen, das Thema Spekulation mit Agrarrohstoffen auf globaler Ebene zu diskutieren und gemeinsame Vereinbarungen zu treffen. Insbesondere das Treffen der Agrarministerinnen und -minister im Juni 2011 bietet dafür Gelegenheit.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 32. Sitzung am 10. November 2010 den Antrag auf Drucksache 17/3413 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 26. Sitzung am 10. November 2010 den Antrag auf Drucksache 17/3413 beraten und mit den

Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 20. Sitzung am 10. November 2010 den Antrag auf Drucksache 17/3413 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Zu Buchstabe b

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 55. Sitzung am 29. Juni 2011 den Antrag auf Drucksache 17/4533 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 44. Sitzung am 11. Mai 2011 den Antrag auf Drucksache 17/4533 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 42. Sitzung am 6. Juli 2011 den Antrag auf Drucksache 17/4533 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Zu Buchstabe c

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 55. Sitzung am 29. Juni 2011 den Antrag auf Drucksache 17/5934 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 42. Sitzung am 6. Juli 2011 den Antrag auf Drucksache 17/5934 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Öffentliche Anhörung

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat in seiner 43. Sitzung am 27. Juni 2011 zum Thema „Spekulationen mit agrarischen Rohstoffen verhindern“ eine öffentliche Anhörung durchgeführt.

Folgende Sachverständige sowie Einzelsachverständige hatten Gelegenheit zur Stellungnahme:

Sachverständige

- Deutscher Bauernverband e. V.,
- Deutscher Raiffeisenverband e. V.,
- Deutsche Welthungerhilfe e. V.;

Einzelsachverständige

- Prof. Dr. Heiner Flassbeck,
- Markus Henn,
- Dirk Müller,
- Peter Reitz,
- Prof. Dr. Dr. h. c. Michael Schmitz.

Die Sachverständigen/Einzelsachverständigen bewerteten das Thema der öffentlichen Anhörung unterschiedlich.

Die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung vom 27. Juni 2011 sind in die Beratungen des Ausschusses eingeflossen. Die schriftlichen Stellungnahmen der geladenen Sachverständigen und Einzelsachverständigen – Ausschussdrucksachen 17(10)512-A, 17(10)512-B1, 17(10)512-B2, 17(10)512-C, 17(10)512-D, 17(10)512-E, 17(10)512-F, 17(10)512-G, 17(10)512-H – sowie die nicht angeforderten Stellungnahmen – Ausschussdrucksachen 17(10)517 und 17(10)546 – sind der Öffentlichkeit ebenso wie der Video-Mitschnitt der Veranstaltung über die Webseite des Deutschen Bundestages (www.bundestag.de) zugänglich.

2. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/3413, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/4533 sowie den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/5934 in seiner 45. Sitzung am 6. Juli 2011 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, sie werde alle drei Anträge der Oppositionsfraktionen ablehnen, da sie ihr zu weit gingen. Zudem machten die Anträge nicht deutlich, dass ein Grund für den Anstieg der Preise bei agrarischen Rohstoffen der Bedarf nach mehr Nahrung durch eine stark wachsende Weltbevölkerung sei. Trotzdem sehe man durchaus die Möglichkeit, bei Fragen im Zusammenhang mit der Spekulation von agrarischen Rohstoffen mit den Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zukünftig in eine gemeinsame Richtung zu gehen. Das Thema müsse sehr ernst genommen werden. Dabei sei die jüngste Entscheidung der Agrarminister der G20-Staaten, mit einem Agrar-Markt-Informationssystem für mehr Transparenz auf den Märkten sorgen zu wollen, zu begrüßen. Knappheiten bei agrarischen Rohstoffen müssten allerdings am Markt auch abgebildet werden. Deswegen sei es wichtig, dass sich auch an den Börsen diese Knappheiten widerspiegeln. In der öffentlichen Anhörung des Ausschusses zum Thema „Spekulation mit agrarischen Rohstoffen verhindern“ sei deutlich geworden, dass Spekulationen – zum Beispiel mit Kontrakten an Warenterminbörsen – für die Agrarwirtschaft gebraucht würden.

Die **Fraktion der SPD** machte deutlich, dass die Anhörung der vergangenen Woche neue Erkenntnisse erbracht habe. Die anwesenden Sachverständigen seien sich in der Grundrichtung einig gewesen. Unterschiedlich werde gesehen, ob man verbindliche Spielregeln auf den Märkten brauche und ob man Transparenz und Informationssysteme herstellen müsse, um exzessive Spekulationen auf den Märkten zu verhindern. Mit ihrem Antrag fordere die Fraktion der SPD unter anderem, dass der Handel mit Agrarrohstoffen möglichst über Börsen oder zentrale Clearingstellen abgewickelt werde. Zudem sollten ausschließlich standardisierte Pro-

dukte handelbar sein und eine Mindesthaltepflicht für Termingeschäfte eingeführt werden, die kurzfristige Spekulationen verhinderten. Durch regelmäßige Veröffentlichungen der Daten sollten die Märkte wieder transparent werden. Dieses sogenannte Reporting wäre auch eine durchgängige Forderung bei der Anhörung gewesen. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. werde abgelehnt, weil er zu restriktiv sei und in Richtung Planwirtschaft gehe. Beim Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde sich die Fraktion der SPD enthalten.

Die **Fraktion der FDP** äußerte, die jüngsten Anhörungen zu den Themen Agrarspekulationen und Welternährung hätten gezeigt, dass es zunehmend Preisvolatilitäten auf landwirtschaftlichen Märkten gebe. Die Preisbildung bei Agrarrohstoffen hänge immer vom Angebot, von der Nachfrage und den Terminbörsen ab. Die Frage sei, wie diese einzelnen Bereiche ausgestaltet werden sollten. Angebot und Nachfrage müssten näher zusammengebracht werden. Die Spekulation und die Warenterminbörsen seien aber weiterhin notwendig, um vernünftige Marktpreisbildungen überhaupt zu ermöglichen. Die Fraktion der FDP stimme den Vorschlägen der G20 zur Einführung eines Agrarmarktinformationssystems für die wichtigsten Agrarrohstoffe zu. Notwendig sei die Schaffung von mehr Transparenz auf den Agrarmärkten. So müsse der außerbörsliche Derivatehandel auch meldepflichtig werden. Ebenso könne diskutiert werden, die private verdeckte Lagerhaltung in das Meldesystem einzubeziehen. Allerdings sollten nicht die vorhandenen Spielräume zum Beispiel durch die Forderung einer Transaktionssteuer zerstört werden. Dadurch würden die Preise bis zum Endverbraucher erhöht werden. Die drei vorgelegten Anträge lehne die Fraktion der FDP ab, weil sie in der Regelung zu weit gingen und nicht mehr genug Spielräume für die Preisbildung ließen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, nachdem man sich etliche Zeit darüber gestritten habe, ob überhaupt Nahrungsmittelspekulationen existierten, sei man sich jetzt als Ergebnis der Anhörung zumindest darüber einig, dass die Märkte nicht immer richtig funktionierten. Es gebe offensichtlich durchaus Händler am Markt, die zugäben, dass es dort Dinge gebe, die tatsächlich nicht zur Preisstabilisierung beitragen, sondern zu einer existenziellen Bedrohung führten. So müssten gerade in den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt die Menschen zunehmend einen großen Teil ihres Haushaltseinkommens für Nahrungsmittel aufbringen. Allerdings könne den Problemen nicht nur mit mehr Transparenz und ein paar relativ schwachen gesetzlichen Regelungen begegnet werden. Aus diesem Grunde sehe die Fraktion DIE LINKE. dringenden Handlungsbedarf in Form einer strengen Regulierung der Agrarmärkte. Hierzu gehöre unter anderem die Einführung von Positionsobergrenzen für Händler und für die Gesamtmenge an Kontrakten je Rohstoff, das Verbot des OTC-Handel mit Agrarrohstoffderivaten, die Einführung einer europäischen auf Agrarrohstoffe spezialisierte Warenterminhandelsaufsicht nach US-Vorbild sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Bei den beiden anderen Anträgen werde sich die Fraktion DIE LINKE. enthalten, weil sie deren Forderungen nicht für weitgehend genug halte.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, dass die Anhörung wichtige Anregungen gegeben habe. Es sei notwendig, im Rahmen europäischer Regelungen dafür Sorge zu sorgen, dass der sogenannte OTC-Handel mög-

lichst vollständig auf geregelte Handelsplätze übertragen und damit in den regulierten Handel überführt werde. Hierzu sei eine weitgehende Standardisierung aller Derivate notwendig. Nur damit könne gesichert werden, dass die derzeitigen undurchsichtigen Geschäfte der Vergangenheit angehören. Auch der Deutsche Bauernverband fordere bei den OTC-Geschäften die Schaffung von mehr Transparenz. Notwendig sei auch die Einführung von verschärften Positionslimits an ausnahmslos allen europäischen Handelsplätzen. Notwendig sei auch die stärkere Überwachung des Handels mit physischen Rohstoffen. Zudem müsse die Bundesregierung sich deutlicher an die Seite Frankreichs stellen und auf der G20-Ebene dessen Ziel unterstützen, bei der Spekulation mit Agrarrohstoffen auf globaler Ebene zu Regulierungen zu kommen. Die Meinung der Vertreter des Deutschen Raiffeisenverbandes zur sogenannten physischen Agrarrohstoffhinterlegung durch Finanzinstitute werde allerdings nicht geteilt. Die eigentliche Frage sei aber, was die Bundesregierung aus den vorliegenden Informationen mache und wann sie zu handeln gedenke. Bei den beiden anderen Anträgen werde sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthalten.

3. Abstimmungsergebnisse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 17/3413 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 17/4533 abzulehnen.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE., den Antrag auf Drucksache 17/5934 abzulehnen.

Berlin, den 6. Juli 2011

Johannes Röring
Berichterstatter

Rita Schwarzelühr-Sutter
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Dr. Edmund Peter Geisen
Berichterstatter

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter